



SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Eine Überflutung mit Waffen“

Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher, 86, lehnt Panzerlieferungen an Saudi-Arabien ab. Stattdessen regt der FDP-Ehrenvorsitzende eine Reform des Bundessicherheitsrates an und erläutert seine Vision einer globalen Abrüstung.

**SPIEGEL:** Herr Genscher, Sie saßen knapp 23 Jahre lang im Bundessicherheitsrat, dem wohl exklusivsten Zirkel der Republik. Dort werden alle brisanten Entscheidungen über Waffenexporte getroffen. Wie geht es in dem Gremium zu?

**Genscher:** In der Regel sehr ruhig und sachlich. Aber wenn es um Rüstungsexporte und Fragen der Abrüstung ging, etwa um den Nato-Doppelbeschluss, wurde es schon mal laut. Da haben wir temperamentvoll gestritten. Helmut Schmidt hat deshalb als Bundeskanzler Gegensätze dadurch gelöst, dass er Vorberechnungen mit den beiden wichtigsten Ministern des Sicherheitsrates führte: dem Außen- und dem Verteidigungsminister. Auch Helmut Kohl hat sich meist vor den Sitzungen abgestimmt, um Streit zu vermeiden.

**SPIEGEL:** Die Beratungen des Sicherheitsrates sind geheim. Ist die Geheimniskrämerei hilfreich?

**Genscher:** Weil die Vertraulichkeit immer gewahrt wurde, hatte niemand das Bedürfnis, zuerst seine Position aufzubauen, um sie anschließend öffentlich zu lancieren. Und es musste niemand fürchten, dass er nachher in einer für ihn nachteiligen Weise bloßgestellt wurde.

**SPIEGEL:** Das war ein besonderer Wert?

**Genscher:** Ja. Das gibt es nicht oft in der Politik. Deshalb ist der Bundessicherheitsrat etwas Besonderes.

**SPIEGEL:** Der Preis dafür ist hoch: Die Rüstungsexportpolitik ist der einzige Bereich der Regierung, der keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt.

**Genscher:** Sie müssen strategische Fragen, in welche Richtung sich die Politik der Regierung entwickeln soll, in einem vertraulichen Gremium diskutieren können. Das Problem dieses Gremiums ist etwas anderes: die Rüstungsexporte, an denen sich die Kritik festmacht. Da gilt es Rücksicht zu nehmen auf andere Länder, die etwas von uns kaufen wollen. Wenn wir Wünsche abgelehnt haben, was oft geschah, kann das für den Partner einen Prestigeverlust bedeuten – wenn es bekannt wird. Stellen Sie sich vor, drei Regierungen bemühen sich um ein Waffensystem, zwei bekommen es, bei einem sagt man nein. Dann kommt diese Regierung in eine komplizierte Lage, das können wir nicht wollen.

**SPIEGEL:** Im Juni 2011 hat die Bundesregierung eine Voranfrage der Saudis über den Kauf von bis zu 270 „Leopard“-Panzern positiv beschieden. Über eine derart schwerwiegende Entscheidung soll die Öffentlichkeit nicht debattieren dürfen?

**Genscher:** Wenn die Regierung etwas vertraulich behandelt, bedeutet das ja nicht ein Debattenverbot ...

**SPIEGEL:** ... wobei die Zusage der Regierung an die Saudis erst durch den SPIEGEL öffentlich geworden ist ...

**Genscher:** ... aber das Problem ließe sich ganz einfach lösen. Wenn eine positive Export-Entscheidung getroffen wird, könnte die Regierung die Parlamentarier informieren, indem sie das Thema vertraulich im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages behandelt. Nach meiner Erfahrung würde so ein Vorgehen nichts behindern, und das Parlament könnte seine Kontrollrechte wahrnehmen. Und Anfragen, die die Bundesregierung ablehnt, würden geheim bleiben, so dass sich niemand bloßgestellt fühlen müsste.

**SPIEGEL:** In diesem Fall hätten die Abgeordneten zumindest erfahren, dass die Regierung Merkel hochmoderne Panzer an den Persischen Golf liefern möchte. Wie beurteilen Sie die Erlaubnis, „Leos“ nach Saudi-Arabien zu verkaufen?

**Genscher:** Ich habe als Außenminister zweimal den Export von „Leopard“-Panzern nach Saudi-Arabien verhindert. Ich habe meine Meinung dazu nicht geändert.

**SPIEGEL:** Was sind Ihre Gründe?

**Genscher:** Die Region ist ein Spannungsbereich, heute noch höherentwickelt als zu meiner Zeit als Außenminister. Zudem muss man sich fragen, ob mit einem Waffensystem die Entwicklung demokratischer Strukturen behindert werden

ist: Wer hat am Ende die Waffen in der Hand?

**SPIEGEL:** Was halten Sie davon, die Aufständischen in Syrien mit Waffen auszustatten?

**Genscher:** Ich rate zur Zurückhaltung, weil man nicht weiß, bei wem diese Waffen am Ende landen und wie sie verwendet werden.

**SPIEGEL:** Im Falle Israels waren Sie nicht so zurückhaltend. 1991 haben die Israelis die Zusage für die ersten beiden atomwaffenfähigen U-Boote aus deutscher Produktion bekommen.

**Genscher:** Sie sprechen von atomwaffenfähigen U-Booten, aber als die Schiffe bestellt wurden, war von Atomwaffen nicht die Rede, sondern nur von U-Booten. Weil wir in der Ostsee ähnliche Gewässerhältnisse haben wie die Israelis vor ihrer Küste, verfügen wir über U-Boote, die auch im Mittelmeer eingesetzt werden können. Das war der Grund, warum die Israelis sich an uns gewandt haben.

**SPIEGEL:** Hätten Sie die U-Boote nicht geliefert, wenn Sie gewusst hätten, dass die Israelis sie atomar bestücken?

**Genscher:** Jedenfalls hätte ich dann noch einmal nachgedacht. Das muss ich schon sagen.

## „Rüstungsexport darf kein Element der Beschäftigungspolitik sein.“

kann. Sind diese Waffen zur Niederschlagung von Volksaufständen geeignet? Panzer können gegen die eigene Opposition eingesetzt werden. Ich habe bei einer Beratung in meinem Ministerium einmal salopp gesagt: „Alles, was schwimmt, geht.“

**SPIEGEL:** Schiffe darf man exportieren, weil sie nicht gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden können, Panzer hingegen nicht?

**Genscher:** Ja.

**SPIEGEL:** Demnach wären Fregatten für Saudi-Arabien kein Problem?

**Genscher:** Pauschal ist das schwer zu beantworten, aber grundsätzlich würde ich Fregatten anders betrachten als Panzer.

**SPIEGEL:** Die Aufrüstung Saudi-Arabiens ist Ausdruck der neuen Doktrin, die Kanzlerin Angela Merkel im vergangenen Jahr formuliert hat. Sie fordert die Bewaffnung von Staaten, die in Deutschlands Interesse in der Welt agieren.

**Genscher:** Wir haben früher den Begriff der „gleichgestellten Staaten“ verwendet, also der Staaten, die den Nato-Mitgliedern gleichgestellt sind. Das ist der gleiche Gedanke. Im Übrigen schauen Sie, wie Frankreichs Staatspräsident Hollande mit Waffenlieferungen an die Rebellen in Syrien umgeht. Erst hat er sich klar dazu bekannt, mittlerweile hat er seine Position geändert – nachdem ihn seine Berater gewarnt haben. Die Frage

**SPIEGEL:** Und zu welchem Ergebnis wären Sie dann gekommen?

**Genscher:** Sie müssen es aus der damaligen Situation sehen. Deutschland nahm 1991 nicht am Krieg gegen den Irak teil und übernahm seine Verantwortung auf diese Weise.

**SPIEGEL:** Aber auch sonst bekamen die Israelis meistens, was sie wollten.

**Genscher:** Das kann man so nicht sagen. Die Israelis sind immer zurückhaltend gewesen in ihren Erwartungen uns gegenüber. Schon deshalb, weil sie selbst eine hochentwickelte Rüstungsindustrie haben und weil sie umfangreiche Lieferungen aus den USA beziehen. Ich habe keinen einzigen Problemfall mit den Israelis erlebt.

**SPIEGEL:** Haben Sie Israel ein Vetorecht beim Export von Rüstungsgütern in arabische Länder eingeräumt?

**Genscher:** Nein. Aber natürlich war der israelisch-arabische Gegensatz ein wesentliches Element für uns zu sagen, dass Saudi-Arabien in einem Spannungsbereich liegt.

**SPIEGEL:** Warum hören die heutigen FDP-Minister nicht auf Ihren Rat? Im Bundessicherheitsrat sitzen neben Außenminister Guido Westerwelle auch Wirtschaftsminister Philipp Rösler, Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel. Sie haben alle dem Panzerexport zugestimmt.

**Genscher:** Wirklich? Ob es so war, weiß ich nicht. Ich bringe niemanden in Versuchung, die Vertraulichkeit des Bundessicherheitsrates zu brechen. Ich weiß, die FDP-Minister handeln in ihrer eigenen Verantwortung und nach bestem Wissen und Gewissen. Sie brauchen dabei weder meinen Rat noch gar meine Genehmigung.

**SPIEGEL:** Vor allem Rösler tritt als eine Art verlängerter Arm der Waffenindustrie auf. Wäre nicht etwas mehr Bedacht angebracht?

**Genscher:** Sie sind ungerecht gegenüber Philipp Rösler. Ich war immer der Meinung, dass Rüstungsexport kein Element der Beschäftigungspolitik sein darf. Waffen dürfen nicht deshalb bedenkenlos verkauft werden, weil sie Arbeitsplätze sichern sollen. Dieses Argument hat schon in der Koalition mit den Sozialdemokraten eine große Rolle gespielt. Rüstungsexport kann nur aus zwei Gründen richtig sein: damit in der Nato nicht jedes Bündnismitglied eine eigene umfassende Rüstungsindustrie aufbauen muss. Und damit die Kosten für die eigene Bewaffnung sinken, wenn größere Serien gefertigt werden.

**SPIEGEL:** Menschenrechtsverletzungen sollen demnach kein Kriterium sein?

**Genscher:** Doch! Wir haben ja ausdrücklich zwischen der Nato und den gleichgestellten Staaten einerseits und allen anderen unterschieden. Damit signalisierten wir doch, dass wir Demokratien anders behandeln.

**SPIEGEL:** Aber in Ihrer Zeit als Außenminister sind für Milliardenbeträge Kriegsschiffe an Diktaturen wie Argentinien oder Chile geliefert worden.

**Genscher:** Sie müssen das im Kontext des Kalten Krieges sehen. Länder, die nicht auf der anderen Seite standen, hatten ein Prä. Kuba hätte beispielsweise nichts bekommen. Die USA befürchteten damals, die Sowjetunion könne in Lateinamerika Fuß fassen. Das war damals ein wichtiges Kriterium, das es heute nicht mehr gibt. Insofern können Sie die aktuelle Situation nicht mit der damaligen vergleichen. Im Übrigen wurden auch vor der Diktatur geschlossene Verträge erfüllt.

**SPIEGEL:** Welche Maßstäbe würden Sie heute anlegen?

**Genscher:** Heute muss man die Frage von Waffenexporten neu betrachten. Es besteht die Gefahr, durch eine Überflutung aller Erdteile mit Waffen Konfliktparteien geradezu in eine Auseinandersetzung hineinzuzwingen. Gemäß dem Motto: Wenn man die Waffen angeschafft hat, muss man sie auch benutzen. Wir müssen globale Sicherheit heute auch dadurch fördern, dass wir den Waffenexport einhegen und schrittweise reduzieren.

**SPIEGEL:** Sehen Sie da erfolgversprechende Ansätze?

**Genscher:** Ja, deshalb war es so bedeutsam, wie die Staatengemeinschaft darauf reagierte, als Syrien, Iran und Nordkorea vorvergangene Woche ihr Veto bei der Waffenexport-Konferenz in New York einlegten. Die Staatengemeinschaft hat sich über die Blockadehaltung dieser drei Länder hinweggesetzt und das geplante Abkommen zur Kontrolle des internationalen Waffenhandels als Resolution in der Uno-Generalversammlung angenommen. Das ist ein großer Erfolg, auch für die Bundesregierung.

**SPIEGEL:** Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass das Abkommen zahlreiche Schlupflöcher enthält.

**Genscher:** Es ist nicht so engmaschig wie unsere Bestimmungen. Trotzdem ist es



**Genscher beim SPIEGEL-Gespräch\***

„Wir sind zurückhaltender als andere“

ein enormer Fortschritt. Man kann heute über Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht mehr sprechen, ohne den Waffenexport miteinzubeziehen.

**SPIEGEL:** Was bedeutet das für die Bundesregierung?

**Genscher:** Sie wird Initiativen ergreifen, den Rüstungsexport einzuhegen. Außenminister Westerwelle hat das schon angekündigt.

**SPIEGEL:** Die Bundesrepublik ist einer der bedeutendsten Rüstungsexporteure. Muss das deutsche Recht verschärft werden?

**Genscher:** Unser Export ist groß, weil wir ein industriell hochentwickeltes Land sind. Aber wir sind bei der Ausfuhr wesentlich zurückhaltender als andere. Jetzt gilt es, die Beschränkung der Waffenexporte entschlossen fortzusetzen. Die Nato-Maxime, nach der Rüstungskontrolle und Abrüstung integrale Bestandteile unserer Sicherheitspolitik sind, heißt auch angesichts technologischer Neuentwicklungen: Noch besser als Abrüstung ist die unterlassene Neurüstung.

**SPIEGEL:** Herr Genscher, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



**Animation: Hans-Dietrich Genschers politische Karriere**

spiegel.de/app152013genscher  
oder in der App DER SPIEGEL

\* Mit den Redakteuren Klaus Wiegrefe und Holger Stark in Genschers Haus in Wachtberg bei Bonn.